

## Entwicklungen & Trends 2012

### Der Wald als Melkkuh?

von László Maráz

Im kommenden Jahr feiert das von Hans Carl von Carlowitz formulierte Prinzip der Nachhaltigkeit seinen 300. Jahrestag. Dass dies seinerzeit wegen der Verknappung des Rohstoffes Holz entwickelt wurde, mindert die Leistung des vorausschauenden Ökonomen nicht. Angesichts eines globalen Holz Mangels, auf den wir 300 Jahre später zusteuern, stehen wir heute vor einer noch größeren Herausforderung. Gefährdet ist nicht nur die Produktionsgrundlage für die Holzerzeugung. Zunehmend geraten auch die anderen Waldfunktionen ins Hintertreffen: Wasser- und Bodenschutz sowie die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Klimaschutzwirkung von Wäldern. Das Konzept nachhaltiger Waldnutzung muss dringend umfassender definiert werden. Und selbst das wird nicht reichen: Die Gesellschaft wird nicht umhinkommen, ihre Ansprüche an die Wälder endlich an die Leistungsgrenzen der Ökosysteme anzupassen.

Das Rezept, das der Kammerrat und Berghauptmann von Carlowitz in seiner »*Sylvicultura oeconomica, oder Hauswirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baumzucht*« seinen Zeitgenossen vor 300 Jahren an die Hand gab, war für die damalige Zeit revolutionär. Doch schon damals war es mit dem Anbau und der Erziehung von Bäumen alleine nicht getan. So mancher Großverbraucher wie Bergwerke und Schmelzhütten des Erzgebirges sowie Glashütten und Köhlereien musste damals im Falle zu großer Holzknappheit seinen Holzverbrauch drosseln oder gar den Betrieb einstellen. Die Globalisierung steckte noch in den Kinderschuhen und aus fernen Ländern gelangten nur transportwürdige – kostbare – Waren über die Weltmeere.

Heute ist Holz einer der mengenmäßig am häufigsten transportierten Rohstoffe. Damit entfällt ein begrenzender Faktor für zu hohen Holzverbrauch: Das Problem des örtlichen Holz mangels in zahlungskräftigen Regionen wird durch den Welthandel buchstäblich umschifft. Um die Waldökosysteme vor zu starkem Nutzungsdruck zu schützen, brauchen wir heute andere Steuerungsinstrumente. Einerseits muss der *Verbrauch von Holzprodukten begrenzt* und in manchen Sektoren gar reduziert werden. Andererseits brauchen wir eine *Landnutzungsplanung*, die bestimmte Waldgebiete vor der Ausbeutung verschont und in bewirtschafteten Wäldern Nutzungsobergrenzen und Bewirtschaftungsregeln einführt, die den nachhaltigen Schutz aller Waldfunktionen sicherstellen.

**Das Prinzip  
Nachhaltigkeit –  
300. Jahrestag**

**Welthandel  
»umschifft«  
Holzmangel**

## Landnutzungsplanung und Bürgerbeteiligung – einige Länder verweigern sich

Eine kluge, vorausschauende Landnutzungsplanung ist bei begrenzter Verfügbarkeit der Ressourcen das Mittel der Wahl. Auf welchen Flächen ist die Produktion von Holz und Nahrungsmitteln besonders sinnvoll? In welchen Gebieten sind andere Nutzungsarten und Schutzmechanismen vorrangig? Die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

### *Biodiversität schützen*

**Nutzungsfreie  
Waldflächen  
in Deutschland ...**

Für den Wald wurden 2007 sowohl Ziele für eine nachhaltigere Bewirtschaftung als auch Schutzgebietsziele beschlossen. So lautet eines der wichtigsten Ziele, dass im Jahr 2020 »der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung fünf Prozent der Waldfläche in Deutschland« betragen soll. Mit der Umsetzung dieser Ziele geht es zwar schleppend voran, aber tatenlos ist man nicht. So fördert das Bundesamt für Naturschutz das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben »NWE5« zur Ermittlung der Flächen mit natürlicher Waldentwicklung, dessen Aufgabe es ist, eine belastbare und transparente Bilanz über den derzeitigen Umfang und die Qualität der nutzungsfreien Waldflächen in Deutschland zu erarbeiten.<sup>1</sup> Wälder mit natürlicher Waldentwicklung sind nach Auffassung der Bundesregierung solche Waldflächen, die nicht oder nicht mehr bewirtschaftet werden. Diese sind überwiegend in Kernzonen von Nationalparks und Biosphärenreservaten sowie in Naturwaldreservaten und Referenzflächen zertifizierter Forstbetriebe zu finden. Die Natürlichkeit der Waldentwicklung ist nur gegeben, wenn jegliche forstliche Nutzung unterbleibt und wenn keinerlei Pflegeeingriffe stattfinden.

**... eine erste Bilanz  
in Arbeit**

Die Flächen sollen sowohl hinsichtlich ihres Beitrags zur Erfüllung von Naturschutzziele im Wald als auch im Hinblick auf ihre ökonomischen Effekte bewertet werden. Nachdenklich stimmt, dass hier lediglich beabsichtigt ist, die Kosten des Verzichts auf Holznutzung zu ermitteln. Das ist zwar eine wichtige Kenngröße, für die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse aber zu wenig. Hierfür müssten auch die positiven Effekte einer Unterschutzstellung bewertet werden. Die Sammlung und erste Auswertung der Daten sollte bis Juni 2012 abgeschlossen sein. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist für Juni 2013 vorgesehen.

### *Blockadehaltung Bayerns*

**Daten über  
öffentliche Wälder ...**

Im Januar 2012 informierte die federführende Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt in Göttingen über den Zwischenstand. Dabei wurde deutlich, dass bis auf Bayern alle Bundesländer die Daten für den öffentlichen Wald melden. Obwohl inzwischen sogar der niedersächsische Ministerpräsident und die Forstchefkonferenz Horst Seehofer eindringlich gebeten hatten, die Daten aus Bayern bereitzustellen, boykottiert der bayerische Ministerpräsident das Vorhaben. Dabei hatte er als Mitglied des damaligen Bundeskabinetts die NBS mit verabschiedet. Stattdessen versprach er dem Bayerischen Waldbesitzerverband, keine Daten aus Bayern preiszugeben. Allein der bayerische Bürgerwald (»Staatswald«) ist mit 770.000 Hektar der größte Waldbesitz in Deutschland. Er wird von der Bayerischen Staatsforsten verwaltet, einer Anstalt Öffentlichen Rechts, die dem Landtag gegenüber Rechenschaft ablegen muss, nicht aber dem Waldbesitzerverband.

**... in Bayern unter  
Verschluss**

Um die Herausgabe der Daten über die öffentlichen Wälder Bayerns zu erwirken, protestierten Aktivisten von Greenpeace kurz darauf in München und errichteten ein Waldcamp im Spessart. Damit wollten sie unter anderem die Holzeinschläge in den wertvollen alten Buchenwaldbeständen verhindern. Angesichts des großen Mangels an alten Waldbeständen ist es sinnvoller, zuerst über die Ausweisung der erforderlichen Schutzgebiete zu entscheiden und erst danach in denjenigen Beständen auch ältere Bäume zu nutzen, die weiterhin forstlich genutzt werden sollen.

Bereits zum Start der Grünen Woche 2012 hatten die Umweltverbände BUND, NABU, Forum Umwelt und Entwicklung und Greenpeace einen sofortigen Einschlagstopp für alte Laubwälder in öffentlichem Besitz gefordert. Zehn Prozent des öffentlichen Waldes sollen auf zusammenhängenden Flächen aus der forstlichen Nutzung genommen und rechtlich verbindlich als »Urwälder von Morgen« ausgewiesen werden. Nur so können die waldbezogenen Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt erreicht werden. Kaum mehr als ein Prozent der

Wälder stehen in Deutschland derzeit unter verbindlichem und hochwertigem Schutz. Zum Vergleich: In Brasilien sind 30 Prozent des Amazonas-Urwaldes gesetzlich geschützt.

#### *Wem gehört der Wald?*

Will man eine Landnutzungsplanung erfolgreich durchführen, empfiehlt es sich, die verschiedenen Interessengruppen schon von Beginn an zu beteiligen. Doch viele Forstverwaltungen scheinen den Wald als ihr Eigentum zu betrachten, obwohl sie nur für dessen Bewirtschaftung und Betreuung zuständig sind. Sie kooperieren oft nur mit ihren Kunden, der Holzverarbeitenden Industrie. Selbstverständlich sind die Holzkäufer eine wichtige Zielgruppe und die Kommunikation mit diesen Akteuren ist sehr wichtig. Problematisch ist aber, dass in vielen Fällen weder die Bürger als Eigentümer der öffentlichen Wälder noch Umweltverbände und andere Akteure informiert oder gar an Diskussionen und Planungen beteiligt werden. Viele Forstverwaltungen und Verbände scheinen inzwischen vor allem die Interessen der Holzindustrie zu vertreten. Akteure, deren Engagement womöglich zu geringerem Holzabsatz führt, werden als lästiges Hemmnis empfunden.

Die im Vergleich zu früheren Jahrzehnten verbesserte Ertragslage führt aber nicht etwa dazu, dass man sich Schutzgebiete und geringere Einnahmen aus Holzverkäufen leistet oder gar neues Personal einstellt. Denn viele Landesregierungen kassieren inzwischen erhebliche Millionenbeträge aus der Waldbewirtschaftung ein, um wenigstens einen winzigen Teil ihrer Haushaltslöcher zu stopfen. Für den Wald und dessen nachhaltige Bewirtschaftung fehlt dieses Geld und darüber hinaus werden lediglich neue Begehrlichkeiten geweckt. Auch die Anforderungen an die Forstbediensteten werden ständig erhöht. Diese wiederum sehen sich teilweise gezwungen, auch in den wenigen Altbeständen massive Einschnitte vorzunehmen, zumal sich inzwischen auch Bäume mit vielen Ästen, Höhlen und Faulstellen gewinnbringend an Brennholzkunden verkaufen lassen. Heute wird in Deutschland bereits mehr als die Hälfte des gesamten Holzaufkommens energetisch verwertet.

#### *Geheimsache Wald*

Doch anstatt die Öffentlichkeit über geplante Bewirtschaftungs- und Schutzmaßnahmen zu informieren, bleiben in manchem Bundesland die Informationen zu Zustand und Umgang mit unseren Wäldern unter Verschluss. Gut die Hälfte der elf Millionen Hektar unserer deutschen Wälder befindet sich in öffentlichem Besitz – und ist damit der Wald aller Bürgerinnen und Bürger. Dennoch herrscht bei Informationen zu Zustand und Umgang mit unseren Wäldern bemerkenswerte Intransparenz. Um dies zu ändern, klagen jetzt Umweltschutzorganisationen auf Zugang zu Daten.

Dabei zeigt eine repräsentative Umfrage der Bayerischen Staatsforstverwaltung aus dem Jahr 2000, dass sich große Teile der Befragten (80,4 Prozent) nicht nur für ihre Wälder interessieren, sondern auch der zunehmenden Rationalisierung im Wald kritisch gegenüberstehen (71,9 Prozent). Den Schutz von zehn Prozent der öffentlichen Wälder hingegen befürwortet rund ein Drittel der Befragten.<sup>2</sup> Auch bei einer im Mai 2012 in Bayern durchgeführten repräsentativen Umfrage im Auftrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace sprachen sich mehr als zwei Drittel der Befragten dafür aus, zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen.<sup>3</sup>

In anderen Ländern wie zum Beispiel Finnland oder den USA ist die Befragung und Beteiligung der Bevölkerung zu Fragen über Schutz und Nutzung der Wälder längst an der Tagesordnung – in Deutschland wird trotz Umwelteinformationsgesetz (UIG) der Zugang zu waldrelevanten Informationen erschwert. Vor allem große Waldbundesländer wie Bayern und Hessen mauern beim Zugang zu relevanten Informationen und bei der Bürgerbeteiligung. Anfragen von Greenpeace auf Herausgabe von Daten zu Lage und Umgang mit alten Buchenwäldern wurden mit der Begründung abgelehnt, es handle sich um Geschäftsgeheimnisse. Auch die Niedersächsischen Landesforsten argumentierten, dass die gewünschten Informationen dem Betriebsgeheimnis unterliegen, als geistiges Eigentum gelten und somit nicht herausgegeben werden dürften. Absurd, wenn man bedenkt, dass es sich um den Wald aller Bürgerinnen und Bürger handelt, der zudem laut Bundesverfassungsgericht primär dem Gemeinwohl zu dienen hat. Wirtschaftliche Rendite ist zwar willkommen, aber nachrangig.

**Verwalter,  
nicht Eigentümer  
des Waldes**

**Bemerkenswerte  
Intransparenz**

**Zugang zu  
Informationen  
erschwert**

### *Eine Grundsatzentscheidung muss her*

Um beim Zugang zu Daten öffentlicher Wälder eine grundlegende Entscheidung herbeizuführen, hat Greenpeace nun gegen die Bayerischen Staatsforsten, Hessenforst und die Niedersächsischen Landesforsten Klage eingereicht. Gegen letztere hat auch der BUND Niedersachsen geklagt, um Zugang zu Informationen und Beteiligung beim Umgang mit den niedersächsischen FFH-Gebieten zu erwirken. Landtagsabgeordnete der Grünen und der SPD in Hessen und Bayern haben bereits mehrere schriftliche Anfragen an ihre Landesregierungen gestellt. Die wichtigsten Daten, nämlich zum Zustand und der Planung für unsere alten Laubwälder, halten Bayern, Hessen und Niedersachsen jedoch weiterhin unter Verschluss. Andere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt bewerten die Lage offenbar anders und stellten auf Anfrage von Greenpeace die gewünschten Informationen bereit. Ein Hoffungsschimmer. Doch bietet das UIG tatsächlich so viel Interpretationsspielraum? Es scheint, als müssten die Gerichte klären, wie viel Information den Bürgerinnen und Bürgern wirklich über den Umgang mit ihren Wäldern zusteht.

**Greenpeace  
reicht Klage ein**

### **Umweltgutachten des Sachverständigenrats – schlechte Zensuren für die Waldnutzung**

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) überreichte im Juni sein Umweltgutachten 2012 »Verantwortung in einer begrenzten Welt«<sup>4</sup> an Bundesumweltminister Peter Altmaier. In einem der Kapitel befassten sich die Wissenschaftler mit dem Thema »Umweltgerechte Waldnutzung« und empfehlen eine Reihe von Maßnahmen, um konkurrierende Nutzungsansprüche auszugleichen.

Es wäre gut, wenn die seit Jahrzehnten festgefahrene Debatte um die Ausgestaltung der Waldnutzung infolge der Empfehlungen dieses unabhängigen Gremiums konstruktivere Züge annehmen würde. Doch das ist nicht zu erwarten, nachdem sich neben Vertretern von Verbänden der Forstwirtschaft und des Waldbesitzes auch elf Professoren verschiedener Forstfakultäten beim Umweltminister über das Gutachten beschwert haben (siehe unten).

Natürlich hielt sich die Freude auf Seiten der Akteure aus Forstwirtschaftskreisen in Grenzen, denn die Gutachter haben der etablierten, konventionellen Forstwirtschaft nicht nur ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt. Auch die Empfehlungen der Wissenschaftler zählen zu den Hausaufgaben, vor deren Erledigung sich die Forstwirtschaft schon seit Jahrzehnten erfolgreich drückt.

Wobei man den Kritikern zugestehen sollte, dass einzelne Aussagen des Gutachtens durchaus etwas präziser sein könnten. Auch hätte an einigen Stellen statt konkreter Empfehlungen eher ein Hinweis auf Forschungs- und Klärungsbedarf gut getan, denn in der Tat ist die Gemengelage etwa beim Thema Holzvorräte oder Klimawirkungen von Holzprodukten noch recht unübersichtlich. Dies mindert aber nicht die Qualität des Gutachtens, das auch als Chance für einen Einstieg in einen konstruktiven Dialog genutzt werden könnte.

### *Gestiegener Nutzungsdruck bedroht die Wälder*

Der Sachverständigenrat ist besorgt darüber, dass mit dem Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise eine Kommerzialisierung der Waldnutzung droht, die die nichtkommerziellen Funktionen der Wälder zunehmend gefährdet. Bei der Nutzung müsse jedoch vor allem im öffentlichen Wald dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang gegeben werden. Angemahnt wird auch die dringende Umsetzung der Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt für den Lebensraum Wald, wobei unter anderem Flächen mit natürlicher Entwicklung auf zehn Prozent der geeigneten Waldfläche der öffentlichen Hand rechtlich abzusichern sind.

Geht es nach dem Sachverständigenrat, müssten ökologische Mindeststandards für die gesamte Waldfläche Deutschlands gelten. Empfohlen wird unter anderem die Konkretisierung des Begriffs der »ordnungsgemäßen Forstwirtschaft« in Paragraph 11 Absatz 1 Bundeswaldgesetz, die allen Akteuren als Leitfaden für eine ökologische und nachhaltigere Waldnutzung dienen könnte. Diese Standards würden gleichzeitig auch den Bewertungsmaßstab für die Honorierung darüber hinausgehender öffentlicher Leistungen bilden. Es wird empfohlen, bei der Erfassung von Wildschäden auch Schäden an der biologischen Vielfalt in die Schadensermitt-

**Flächendeckende  
ökologische  
Mindeststandards  
gefordert**

lung mit einzubeziehen. Die Vermeidung von Wildschäden sollte prioritär gegenüber monetären Ersatzmaßnahmen sein.

Zur Abmilderung des Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten müsste der Aufbau weiterer Kohlenstoffvorräte im Wald durch ein höheres Bestandsalter angestrebt werden. Ein hohes Alter des Waldes ist gleichzeitig die Grundlage für das Vorkommen vieler gefährdeter Waldarten. Um die Kohlenstoffspeicherfunktion zu schützen, empfiehlt der Sachverständigenrat eine schonende Nutzung von Biomasse aus Wäldern. Dabei sollten mindestens 50 Prozent der natürlichen Holzvorräte erhalten bleiben. Unter Berücksichtigung von Natur- und Bodenschutz müssten die Potenziale von Landschaftspflegeholz und Resthölzern erschlossen werden.

**Natürliche Holzvorräte erhalten**

### *Konfrontation statt Kooperation*

Die Reaktion auf das Gutachten war heftig. Ende Juli verfassten einige Forstprofessoren eine Stellungnahme<sup>5</sup>, mit der sie nicht nur versuchen, Aussagen des Umweltgutachtens zu widerlegen. Sie kritisieren das Gutachten – zumindest in Bezug auf die Waldnutzung – als einseitig. Aus ihrer Sicht verletze es zudem elementare wissenschaftliche Qualitätsstandards. Ähnlich ablehnend äußern sich einige Verbände von Waldbesitz und Forstwirtschaft in einem Brief an den Umweltminister.<sup>6</sup> Ihre Kritik am SRU, der die vielfältigen Leistungen der Forstwirtschaft und der Holzproduktion nicht beachtet habe, geht allerdings am Thema vorbei: In diesem Umweltgutachten geht es darum, »Verantwortung in einer begrenzten Welt« zu übernehmen (so der Titel des Gutachtens) und nicht um die Berichterstattung über Forstwirtschaft und Holzherzeugung.

**Protestbrief einiger Professoren**

Eine Würdigung zumindest einzelner Aussagen und Lösungsvorschläge des Sachverständigenrats findet sich in keiner der Stellungnahmen, obwohl das Umweltgutachten 2012 eine Reihe guter Handlungsempfehlungen gibt, um Probleme zu lösen, die auch der Forstwirtschaft und

## **Umweltgerechte Waldnutzung**

Vorschläge des Sachverständigenrats für Umweltfragen 2012<sup>7</sup>

**»Ökologische Mindeststandards im Wald einführen:** Biodiversitäts- und bodenschonende Bewirtschaftungsformen im Wald sollten grundlegend für wirtschaftliche Ziele sein und die flächendeckende Basis einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung bilden. Sie schützen gleichzeitig auch die Funktion der Wälder als Kohlenstoffspeicher. Dazu könnten zum Beispiel eine Konkretisierung des Begriffs der »ordnungsgemäßen Forstwirtschaft« in § 11 Absatz 1 BWaldG beitragen und/oder eine Verordnungsermächtigung im BNatSchG. Ökologische Mindeststandards sollten jedenfalls für den öffentlichen Wald eingeführt werden, weil dieser vor allem Gemeinwohlzwecken dient.

**Ziele der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt umsetzen:** Da unsicher ist, wie reaktionsfähig Waldökosysteme auf den Klimawandel sind, sollte die Resilienz von Wäldern gestärkt werden. Für eine gelungene Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten Waldbewirtschaftung sollten die Ziele der nationalen Bio-

diversitätsstrategie für den Lebensraum Wald in entsprechenden raumkonkreten Strategien der Landschaftsprogramme der Länder verankert werden. Die Ziele dieser Biodiversitätsstrategien der Länder sollten die Basis für forstliche Planungen und Anpassungsmaßnahmen auch, aber nicht nur, in Schutzgebieten sein. Eine besondere Vorbildwirkung kommt dem öffentlichen Wald zu. Hier ist die Umsetzung der Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie grundlegend. Der forstlichen Rahmenplanung im Staatswald sollte möglichst ein öffentlicher Diskurs vorgeschaltet werden.

**Monitoring in Natura 2000-Gebieten qualifizieren:** Eine Überwachung des Erhaltungszustands der Arten und Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse sollte unter Federführung des BMU bzw. der Naturschutzbehörden der Länder durch ein länderübergreifendes Monitoring-System für Natura 2000-Gebiete erfolgen. [...]



den Waldbesitzern großen Schaden zufügen (Wildbestände, Schadstoffeinträge) (siehe Kasten). Dabei könnte sich die Forstwirtschaft 300 Jahre nach der Entwicklung des Nachhaltigkeitsbegriffes wieder daran beteiligen, mehr Verantwortung in einer begrenzten Welt zu übernehmen.

#### *Dient der Verzicht auf Nationalparks dem Regenwaldschutz?*

Dass der Sachverständigenrat fordert, den Holzverbrauch zu senken und Nutzungsgrenzen einzuführen, damit der Wald keinen Schaden nimmt, wird von den Kritikern nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen machen die elf Professoren auf vermutete Nebenwirkungen der Schaffung von Schutzgebieten aufmerksam und schreiben: »Ein Zurückfahren der Holznutzung in heimischen Wäldern führt zwangsläufig zu einer Erhöhung der Holzimporte.« Indirekt wird damit der hohe Papier-, Energie- und Holzverbrauch kritiklos hingenommen – blamabel für eine Zunft, die sich der Erfindung der Nachhaltigkeit rühmt. Die Forstprofessoren fordern allen Ernstes, die Ausweisung von Waldnationalparks in Deutschland zu überdenken, aus angeblicher Sorge um die Wälder anderer Regionen. Wenig bekannt ist, ob und wann sich die Autoren des Briefes zuvor jemals für den Schutz der Regenwälder oder gegen die Verwendung von Raubbau-Holz eingesetzt haben.<sup>8</sup>

#### **Merkwürdige Argumentation**

#### *Naturnähe – ein Nachteil im Klimawandel?*

Die Kritiker setzen in ihrem Brief auch auf andere Argumente gegen die Ausweisung von Schutzgebieten: »Dementsprechend kann auch der Empfehlung des SRU nicht pauschal gefolgt werden, zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel Schutzgebiete auszuweiten. (...) Schutzgebiete sind in der Regel durch eine hohe Naturnähe gekennzeichnet. Nicht die bisherige Naturnähe gewährleistet jedoch eine geringe Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen, sondern die Anpasstheit an die zukünftigen Klimabedingungen.«

**Zehn Prozent Flächenanteil »mit natürlicher Waldentwicklung« in Wäldern der öffentlichen Hand ausweisen:** Die Ausweisung solcher Flächen unterstützt den Schutz der biologischen Vielfalt und sollte an geeigneten Standorten – vorrangig in Buchenwäldern – bis 2020 umgesetzt werden. Damit wird der Vorbildwirkung des Staates Rechnung getragen.

**Wildnisflächen rechtlich absichern:** Die Einrichtung von großflächigen Wildnisgebieten, in denen Entwicklungsprozesse ungestört ablaufen können, sollte insbesondere auf geeigneten Waldflächen der öffentlichen Hand bis 2020 umgesetzt werden und Natura 2000-Flächen bevorzugen. Wildnisgebiete können auch eine wichtige ökonomische Bedeutung insbesondere für den Tourismus haben. Diese ist weiterzuentwickeln.

**Honorierung öffentlicher Leistungen:** Die Inwertsetzung der ökosystemaren Funktionen des Waldes sollte verbessert werden, indem Anreize zu ihrer Erhaltung geschaffen werden.

**Wald-Wild-Konflikt lösen:** Künstliche Manipulationen der Wildtierpopulation sollten verboten werden und eine Umorientierung zu einem

modernen Wildtiermanagement erfolgen. Die Vermeidung von Wildschäden sollte prioritär gegenüber (monetären) Ersatzmaßnahmen sein. Ökologische Schäden sollten in die Schadensermittlung mit einbezogen werden. Daneben sind die gesetzlichen Grundlagen für eine Verbesserung der Situation größtenteils bereits vorhanden und nur in wenigen, aber entscheidenden Punkten ergänzungsbedürftig. Neben einem verbesserten Vollzug bestehender Gesetze ist eine Anpassung der Jagdpraxis an die ökologischen Verhältnisse und den Waldzustand nötig.

**Klimaschutz stärken:** Zur Abmilderung des Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten sollte der Aufbau weiterer Kohlenstoffvorräte im Wald durch ein höheres Bestandsalter angestrebt werden. Ein hohes Alter des Waldes ist gleichzeitig die Grundlage für das Vorkommen vieler gefährdeter Waldarten. Klimaschutzstrategien sollten darüber hinaus die Steigerung der Resistenz und Resilienz der Wälder gegenüber Wetterextremen durch Wahl heimischer Baumarten und Herkünfte zum Ziel haben.

Durch eine schonende Nutzung von Biomasse aus Wäldern können Emissionen von Kohlenstoff eingespart werden. Treibhausgas-Bilanzierungen der forstlichen Nutzung müssen den auf Wald- ►

Diese statische Sichtweise der Forstwissenschaftler ist verwunderlich und deutet auf einen eklatanten Mangel an Verständnis von waldökologischen Grundlagen hin. Naturnähe hat sich in unseren Wäldern nur dort entwickelt, wo die natürliche Prozessdynamik vor der Holznutzung und der Industrialisierung der Wälder weitgehend verschont wurde. Ziel der Nationalen Strategie ist es, auf fünf Prozent der Waldfläche die natürliche Waldentwicklung zuzulassen. Diese findet ja nicht abgeschirmt unter einer Käseglocke des Naturschutzes statt, sondern schließt die stetige, dauernde Anpassung von Wäldern an wechselnde Umweltbedingungen ein. Von vielen forstlichen Akteuren wird vor allem der Anbau starkwüchsiger Baumarten gefordert (zum Beispiel Douglasie und Küstentanne). Ist es eine glückliche Fügung der Natur, dass ausgerechnet die schnell wachsenden, für die Holzindustrie gut geeigneten Baumarten so exzellent an den Klimawandel angepasst sein sollen? Und warum werden die mediterranen Arten Kork- eiche und Stechpalme so selten empfohlen?

**Statische Sichtweise**

#### *Intensiver Holzeinschlag als Garant für biologische Vielfalt?*

Die elf Unterzeichner kümmern sich in der Stellungnahme auch um die Sorgen der Holzwirtschaft, die vor allem an der Bereitstellung günstiger Massensortimente interessiert ist. Große, alte Bäume mit wertvollem Qualitätsholz sind da weniger gefragt. Die Tendenz zur Plantagenforstwirtschaft spiegelt sich in folgender Aussage wider: »Ebenso wird dabei vergessen, dass viele Elemente der Biodiversität lichter Waldstrukturen bedürfen, die nur durch Absenkung von Vorräten zu erreichen sind.«

**Tendenz zur Plantagenwirtschaft**

Es geht beim Schutz der biologischen Vielfalt um die natürliche, walddtypische Arten- und Strukturvielfalt, und nicht um eine möglichst hohe Artenzahl an sich. Diese Vielfalt ist aber nicht durch das Vorkommen von Freilandarten und Arten aus trockeneren Klimazonen geprägt, sondern zu großen Teilen aus Vertretern der Pilze und Käfer, die auf alte Bäume und ein

flächen gespeicherten Kohlenstoff und dessen Änderungen vollständig berücksichtigen. Dies umfasst neben der lebenden Biomasse auch das Totholz, die Streuauflage und den Humus. [...] Durch Holznutzung erzielbare Einsparungen fossilen Kohlenstoffs müssen stets den Verlusten an biogen gebundenem Kohlenstoff in Waldökosystemen im Falle der Nicht-Nutzung gegenübergestellt werden.

**Ressourcenschonende Nutzung:** Im Sinne einer nachhaltigen Holznutzung und um Speicher- und Substitutionseffekte zu ermöglichen, sollte der Nutzungsdruck auf den Wald verringert werden. Daher wird die Mobilisierung vorhandener nachhaltig nutzbarer Potenziale zur energetischen Nutzung, die bisher nicht oder nur unzureichend erschlossen sind, wie Landschaftspflegeholz und Resthölzer, oder der Anbau in KUP [Kurzumtriebsplantagen] zukünftig eine wichtige Rolle spielen. Dabei müssen, wie auch im Biomasseaktionsplan der Bundesregierung ausgeführt, die Anforderungen von Natur- und Bodenschutz berücksichtigt werden. Importe von holzartiger Biomasse zur Energiegewinnung sollten nur mit verpflichtenden Nachhaltigkeitsanforderungen zugelassen werden. Dies erfordert ein Monitoring des Holzhandels-Sicherungs-

Gesetzes in den Herkunftsländern durch unabhängige Institutionen.

**Holzvorrat durch Nutzungsgrenzen sichern:** Für die Nutzung des Waldes sollte eine bundesweite Mindestgrenze für die Zielvorräte festgelegt werden. Dabei sollte der Holzvorrat aus Vorsorgegründen mindestens die Hälfte des natürlichen, also 350 Kubikmeter/Hektar, betragen.

**Hochwertige Zertifizierung stärken:** Der Druck zur Zertifizierung der Holzproduktion durch ein anspruchsvolles System wie FSC auf 80 Prozent der Fläche sollte verstärkt werden. Eine Zertifizierung muss außerdem die Grundlage für die Nutzung von Holz zur Energiegewinnung darstellen.

**Institutionelle Reform der ministeriellen Zusammenarbeit zur Waldpolitik:** Der Sachverständigenrat schlägt vor, die bisherige Unterabteilung Forstwirtschaft im BMELV in das BMU zu integrieren. Damit würde die Kohärenz von nationaler und internationaler Politik sowie die Effizienz durch Bündelung in einem Ministerium gestärkt werden.«

reiches Vorkommen von Biotopholz angewiesen sind. Das mag enttäuschend sein für manchen Heuschrecken- oder Schmetterlingsfreund. Vor allem aber ist es den Freunden der Kahlschlagwirtschaft zuwider, die sich inzwischen auch als Fürsprecher hoher Artenzahlen tarnen.

#### *Kampfansage als Dialogangebot?*

#### **Sachliche Debatte überfällig**

Es ist durchaus zu begrüßen, dass sich die Forstwissenschaftler an der Debatte beteiligen. Ein Startschuss für einen konstruktiven Dialog war der Beitrag aber nicht. Gut, dass die überwiegende Mehrheit der Forstprofessoren in Deutschland diese gründlich misslungene Stellungnahme nicht unterzeichnet hat. Vielleicht besinnt sich der ein oder andere noch einmal und beteiligt sich an einer offenen, respektvollen und sachlichen Debatte, die schon so lange überfällig ist. Dafür müssten alle Beteiligten aber mit besseren und ehrlicheren Argumenten aufwarten, anstatt einseitig gegen den Naturschutz und eine ökologisch angepasste Waldnutzung zu argumentieren. – Der Rat hat inzwischen eine Antwort an die Kritiker des Gutachtens veröffentlicht.<sup>9</sup>

#### **Schutzgebiete im Wald – Das Märchen vom bösen Wolf**

15 Jahre älter als der Begriff der Nachhaltigkeit ist das Märchen vom bösen Wolf. Auch dieses feiert zurzeit eine Renaissance. Dabei geht es nicht um die erfreuliche Ausbreitung des Wolfes in Deutschland oder um Kampagnen und Aufrufe, Wölfe abzuschließen. Die bedrohliche Darstellung wird von manchen Akteuren dafür benutzt, gegen die Schaffung neuer Nationalparks anzukämpfen. So wie Bernhard Weiler, der »Waldpräsident« des bayerischen Bauernverbandes, der anlässlich einer Informationstagung für forstliche Zusammenschlüsse im Oktober im Zusammenhang mit der Debatte um einen Nationalpark Steigerwald sagte: »Was uns mit dem Naturschutz entgegensteht, ist ein Wolf. Und das ist kein Kuschtier, er frisst Fläche.« Als ob ein Nationalpark quasi aus der Landkarte gestanzelt oder von fremden Mächten okkupiert würde.

#### **»Naturschutz frisst Fläche«**

Initiativen und Naturschutzverbände wie der BUND und NABU, die sich in Deutschland für neue Nationalparks engagieren (u. a. Schwarzwald, Senne-Teutoburger Wald-Eggegebirge, Steigerwald), werden von Gegnern der Nationalparks, die häufig aus den Reihen von Holzindustrie-, Waldbesitzer- und Forstverbänden sowie Politikern bestimmter Parteien stammen, mit ähnlichen Methoden drangsaliert. Begriffe wie Enteignung (obwohl die Ausweisung eines Nationalparks nicht zum Eigentümerwechsel führt), Borkenkäferplagen (in Laubwaldgebieten wie Steigerwald oder Teutoburger Wald?) und massive Arbeitsplatzverluste (bislang sprechen die Erfahrungen eine andere Sprache) werden ins Feld geführt, um die Bevölkerung gegen die Pläne aufzuwiegen. Wobei sich bei einer repräsentativen Meinungsumfrage in Nordrhein-Westfalen kürzlich eine überwältigende Mehrheit für die Schaffung neuer Nationalparks ausgesprochen hatte.<sup>10</sup>

#### **Landesregierungen: wenig Interesse an ihren Wäldern**

Dass sich so manche Landesforstverwaltung geriert wie ein Großgrundbesitzer, ist ein Beleg für die Schwäche und das Desinteresse von Landesregierungen an ihren Wäldern. So meldet die FAZ Mitte November 2012, dass der Landesbetrieb Hessenforst sich gegen Forderungen von Naturschützern wehre, große Waldflächen aus der forstlichen Bewirtschaftung zu nehmen, um die Natur dort sich selbst zu überlassen.<sup>11</sup> Wohlgermerkt, die Naturschützer fordern nur die Umsetzung der Ziele der Bundesregierung. Nach Überzeugung von Michael Gerst, dem Leiter des Landesbetriebs, könne man mit einem besseren Ansatz zum Schutz der Natur und zum Erhalt der Artenvielfalt aufwarten. Man bevorzuge die Ausweisung Tausender sogenannter Habitatbäume und eines Netzes kleinerer Waldflächen, auf denen die Förster künftig keine Bäume mehr fällen wollen.

Im Sinne der Biodiversität sei das wirksamer, als einfach nur größere Waldflächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen. Demnach will Hessenforst bis Ende nächsten Jahres in mehr als 100 Jahre alten Laubwaldgebieten jeweils drei Habitatbäume je Hektar ausweisen, was dazu führen würde, dass landesweit im Staatswald rund 210 000 Bäume mit einem großen »H« gekennzeichnet und als Lebensräume von Fauna und Flora markiert würden. Das Konzept, das man getrost als Bürokratiemonster bezeichnen könnte, würde ergänzt durch einen Flickenteppich aus kleineren Waldflächen, auf denen Hessenforst freiwillig auf die Bewirtschaftung verzichten wolle. Maximal will man so 20 000 Hektar Waldfläche aus der Bewirtschaftung nehmen. Wie das mit dem Schutz von Einzelbäumen funktionieren soll, wurde nicht bekannt.



Worum es vorrangig geht, wurde auch gesagt. Man wolle so die »Wirtschaftlichkeit« sicherstellen und macht sogleich die Rechnung auf: Die Gesamtkosten belaufen sich angeblich auf mehr als 54 Millionen Euro. Kein Wunder, wenn man Naturschutz derart kompliziert plant. Trotz des bisher weitgehenden Verzichts auf Großschutzgebiete wird allerdings weiterhin am Abbau von Arbeitsplätzen gearbeitet. Von einst mehr als 3000 Mitarbeitern (2001) sind heute weniger als 2000 übrig. Bis 2025 sollen weitere 300 Stellen wegfallen. Die Zahl der Waldarbeiter würde sich dadurch halbieren. Diese Planungen belegen, dass es nicht die Schutzgebiete sind, die für Jobverluste verantwortlich zu machen sind, sondern die katastrophale Personalpolitik. Dabei braucht eine anspruchsvolle, nachhaltige Waldbewirtschaftung qualifizierte Waldarbeiter. Mehreinnahmen verspricht man sich aus der Verpachtung von Waldflächen für den Betrieb von Windenergieanlagen. Dafür braucht man in der Tat keine Waldarbeiter.

## Katastrophale Personalpolitik

### Fazit: Der Nutzungsdruck muss vom Wald genommen werden

Auf den Wald kommen auch 2013 große Probleme zu. Die Steigerung des Holzeinschlages, zusätzliche Inanspruchnahme der Wälder für Maßnahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien, Klimawandel und Abbau von Arbeitsplätzen: 300 Jahre nach der Erfindung der forstlichen Nachhaltigkeit drohen viele Wälder zur Melkkuh zu degenerieren. Akteure der Holzwirtschaft geben vor, die besseren Naturschutzkonzepte zu haben, obwohl sie aus einem Flickenteppich nur ein grünes Mäntelchen basteln, mit dem sich die wirklichen Prioritäten nur notdürftig kaschieren lassen. Gut dass es auch andere Landesforstverwaltungen, viele kommunale und auch Privatwaldbesitzer gibt, die die Fahne der Nachhaltigkeit noch hochhalten und sich beispielsweise nach den anspruchsvolleren Kriterien des FSC Deutschland zertifizieren lassen. Es wird aber Zeit, dass die Politik den Willen vieler Bürger umsetzt und den Forstverwaltungen und ihren Förstern die freiwillige Umsetzung ökologischerer Waldnutzung vorschreibt. Denn wenn der Druck nicht vom Wald genommen wird, ist es bald aus mit der Nachhaltigkeit.

#### Anmerkungen

- 1 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben NWE5: Natürliche Waldentwicklung als Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NWE5) (<http://www.nw-fva.de/nwe5/>).
- 2 Vgl. Mitteilungen aus der Bayerischen Staatsforstverwaltung, Heft 50, 2000.
- 3 Forsa-Umfrage: Meinungen zum Schutz des Waldes in Bayern (16. Mai 2012) ([http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/waelder/26531\\_q2468\\_Wald.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/waelder/26531_q2468_Wald.pdf)).
- 4 Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer begrenzten Welt übernehmen. Berlin 2012 (Kap. 6: Umweltgerechte Waldnutzung).
- 5 Offener Brief einer Gruppe von Forstwissenschaftlern zum Umweltgutachten des Sachverständigenrats: »Einseitig, widersprüchlich und teilweise falsch« (27. Juli 2012) ([https://www.waldbau.uni-freiburg.de/news\\_events/offenen%20Brief/view](https://www.waldbau.uni-freiburg.de/news_events/offenen%20Brief/view)). Diesem Brief sind auch die folgenden Zitate im Text entnommen.
- 6 Vgl. [http://www.forstkammer-bw.de/fileadmin/Forstkammer/Download/Umweltgutachten\\_2012\\_Schr.\\_Altmaier.pdf](http://www.forstkammer-bw.de/fileadmin/Forstkammer/Download/Umweltgutachten_2012_Schr._Altmaier.pdf).
- 7 Siehe Anm. 4, S. 40–42.
- 8 Siehe dazu auch den Brief der Umweltverbände an AGDW und DFWR zum Thema »Regenwaldschutz«: <http://www.forumue.de/themen/waelder/ag-waelder-hintergrund/offener-brief-an-dfwr-und-agdw/>.
- 9 Sachverständigenrat für Umweltfragen: »Umweltgerechte Waldnutzung« – gut begründet und gefordert (13. September 2012) ([http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/o6\\_Hintergrundinformationen/2012\\_09\\_12\\_Brief\\_Umweltgerechte\\_Forstnutzung.html?nn=395728](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/o6_Hintergrundinformationen/2012_09_12_Brief_Umweltgerechte_Forstnutzung.html?nn=395728)).
- 10 <http://www.nationalpark-ja-bitte.de/pressemeinungen/pressemitteilungen/>
- 11 <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessischer-wald-hessenforst-ist-gegen-die-stilllegung-von-waeldern-11963058.html>



#### László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Plattform »Nachhaltige Biomasse« und der AG Wald des Forums Umwelt und Entwicklung.

Forum Umwelt und Entwicklung  
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin  
E-Mail: [maraz@forumue.de](mailto:maraz@forumue.de)